

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 12

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kapitalistischen Ländern den privilegierten Herrensohn von den Kommandoposten der Wirtschaft verdrängt.

Es findet auf die Dauer also eine Angleichung der ideologisch bedingten Spezialsysteme statt. Theoretisch stehen am Schluß im Osten und Westen zwei Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die sich aufs Haar gleichen, und von denen die Ideologen im Brustton der Überzeugung sagen werden, das eine sei liberal, das andere kommunistisch.

CHRONIK DES MONATS

Außenpolitik

Nachdem sowohl die österreichische Sozialdemokratie als auch die schweizerische Sozialdemokratie ihre Parteiprogramme revidiert haben, hat sich nun auch die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein neues Grundsatzzprogramm* gegeben. In der sozialdemokratischen westdeutschen Zeitschrift «Die neue Gesellschaft» hat Ulrich Lohmar einige Grundgedanken des neuen Programms der SPD in prägnanter Form zusammengefaßt: «Der Marxismus», so schreibt Lohmar, «als ein philosophisches, ökonomisches und soziologisches Lehrgebäude ist von der Sozialdemokratie zu den Akten ihrer Geschichte gelegt worden. Die Sozialdemokraten sind zu der Einsicht gelangt, daß es eine paradiesische Endphase der Geschichte nicht geben wird. Die Realisierung der Ziele, die im sozialistischen Programm formuliert werden, bewirkt nicht, daß Freiheit und Gerechtigkeit für alle Zeiten gesichert wären. In der Geschichte der Menschen ist nichts endgültig machbar, und die Sozialisten werden achtgeben müssen, daß sich in einer institutionell ihren Plänen angenäherten Ordnung nicht erneut Unfreiheit und Unrecht entwickeln. In diesem Sinne bleibt Sozialismus als eine dauernde Aufgabe gestellt, und damit ist endgültig der naive, später bei den Kommunisten zum ideologischen Opportunismus entartete Fortschrittsglaube an einen erreichbaren und glückhaften Endzustand der Geschichte überwunden.» Ulrich Lohmar weist auch auf einen anderen, nicht minder wichtigen Punkt hin: «Das Programm der SPD hat dem Glauben an die Allmacht institutioneller Sicherungen der Freiheit und der Gerechtigkeit abgeschworen. Es vertraut auf den Menschen, auf seinen Willen und seine Fähigkeit, Institutionen freiheitlich und gerecht zu handhaben... In den Vorstellungen der SPD wird eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber dem Staat als einer Ordnungsmacht spürbar, die regelnd und wegweisend in das Leben der Bürger eingreift. Es folgt aus der Staatsauffassung der SPD, wenn in dem umfangreichsten

Teil des neuen Programms — er ist der Wirtschaftsordnung gewidmet — die Auffassung vertreten wird, daß sich aus der Selbstverantwortung des einzelnen sein Recht ergebe, sich als Konsument, als Arbeitnehmer und als Unternehmer frei zu entscheiden und zu bestätigen. Hier wird durch die Einbeziehung auch der Unternehmer Ernst gemacht mit dem Prinzip, daß die SPD Rechte nicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Klassen will, sondern für das ganze Volk und für alle seine Schichten.» Zur Frage der Sozialisierung schreibt Lohmar: «Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder gar die Verstaatlichung werden nicht mehr als Ziele des Sozialismus dargestellt. Die Vergesellschaftung in der Form des Gemeineigentums erscheint als ein Mittel freiheitlicher Wirtschaftspolitik nur dann, wenn alle anderen Methoden zur Sicherung freier Bedingungen im Wirtschaftsleben sich als unzureichend erwiesen haben.»

*

Die *britische Labour Party* hat in drei aufeinanderfolgenden Wahlgängen eine Niederlage erlitten. Der Kongreß der Labour Party, der am 28./29. November in Blackpool stattfand, stand im Zeichen dieser wenig erfreulichen Tatsache. *Hugh Gaitskell* unternahm es, nach den Gründen für diese rückläufige Bewegung zu fragen. In seinem Parteitagsreferat wies der englische Oppositionsführer auf die bedeutungsvollen wirtschaftlichen und sozialen Änderungen hin und ganz speziell auf die wachsende Bedeutung der Angestellten, die gute Beschäftigung und das Fehlen der Angst vor Arbeitslosigkeit. Der Kapitalismus hat sich gewandelt, erklärte Hugh Gaitskell: Die Regierung hat weitreichende Möglichkeiten zur Planung der Wirtschaft, das Budget absorbiert einen Viertel des Volkseinkommens, von den gesamten Investitionen entfällt fast die Hälfte auf öffentliche Investitionen, die meisten Basis-Industrien sind in öffentlichem Besitz. Wenn die Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die zu einem guten Teil das Resultat der unentwegten Anstrengungen der Labour Party sind, sich bei den Wahlen nachteilig für die Arbeiterpartei ausgewirkt haben, dann deshalb, weil ihnen zuwenig Rechnung getragen wurde. Gaitskell verlangt von der Labour Party, daß sie sich als moderne Partei gebe, die mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit blicke. Neuankömmlinge sollten willkommen heißen und ermutigt werden, sie müssen als Freunde und nicht als Eindringlinge betrachtet werden.

Eingehend befaßte sich Gaitskell mit dem Sozialisierungsproblem. Er gab zu, daß die Sozialisierungspolitik der Labour Party Stimmen gekostet hat und nannte hierfür zwei Hauptgründe: 1. die Unpopularität der bestehenden nationalisierten Industrien und 2. die bei den Wählern herrschende Verwirrung über die künftige Nationalisierungspolitik der Labour Party. Gaitskell wandte sich dagegen, die gegenwärtige Grenzziehung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor der Volkswirtschaft als endgültig anzuerkennen.

Die Nationalisierung sei allerdings *kein Ziel, sondern lediglich ein Mittel* (und nicht einmal unbedingt das wichtigste) zur Erreichung bestimmter Ziele, wie Vollbeschäftigung, größere Gleichheit und höhere Produktivität. Zudem werde es in Zukunft auch darum gehen, das Schwergewicht auf andere Formen der Gemeinwirtschaft zu legen, da das Staatsmonopol nicht die einzig mögliche Lösung und nicht in jedem Falle die beste darstelle. Hugh Gaitskell bezeichnete jenen Passus der Parteistatuten als revisionsbedürftig, der das Gemeineigentum der Produktionsmittel als Grundlage des demokratischen Sozialismus bezeichnet. *Die Labour Party stehe schon lange auf dem Boden der gemischten Wirtschaft* und wolle beileibe nicht die ganze verarbeitende Industrie oder gar die Landwirtschaft, die kleinen Läden und Gaststätten sozialisieren.

Gaitskell nannte in seiner Rede sieben Grundsätze des englischen demokratischen Sozialismus:

1. Der demokratische Sozialismus ist eine umfassende humanitäre Bewegung zugunsten der Bedürftigen und Unterdrückten.

2. Wir glauben an soziale Gerechtigkeit, an die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Einkommen und Vermögen. Wir sind keine Gleichheitsfanatiker, aber wir verlangen, daß die Unterschiede nicht auf Zufällen der Geburt und der Erbschaft beruhen, sondern darauf, wie groß der Beitrag des einzelnen für das Gemeinwohl ist.

3. Wir bekennen uns zur klassenlosen Gesellschaft.

4. Wir glauben an die Gleichberechtigung aller Rassen und Völker und setzen uns ein für die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, die ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

5. Wesentlicher Bestandteil des britischen Sozialismus war immer der persönliche Idealismus, der Glaube also, daß die Befriedigung materieller Bedürfnisse ohne entsprechende geistige Werte nicht der Sinn unserer Bewegung sein kann und daß die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht auf rücksichtslosem Egoismus beruhen sollen, sondern auf den Grundsätzen der Brüderlichkeit und der Solidarität.

6. Wir glauben, daß das öffentliche Interesse vor dem Privatinteresse kommt.

7. Der demokratische Sozialismus muß auf freiheitlichem Weg verwirklicht werden.

*

Daß die *Goodwill-Tour Eisenhowers*, die der amerikanische Präsident unternommen hat, um — wie er selber sagte — den Völkern Amerika nahezubringen und die neutralistischen Länder von der Friedenspolitik der USA zu überzeugen, zu einem großen persönlichen Erfolg Eisenhowers würde, war zum vornherein anzunehmen; der triumphale Empfang Eisenhowers in Rom, Ankara, Karachi, Delhi, Teheran und Athen mußte aber noch die kühnsten

Erwartungen übersteigen. Politisch am bedeutungsvollsten war natürlich der Besuch in Indien, und die Gespräche zwischen Nehru und Eisenhower werden sich bestimmt nicht in Höflichkeitsfloskeln erschöpft haben. Die Annäherung zwischen Indien und den USA, die durch die Vorgänge im Tibet und die chinesisch-indischen Grenzkonflikte eingeleitet wurde, dürfte ein gutes Stück weitergekommen sein, obschon die Haltung der beiden Mächte gegenüber dem kommunistischen China grundsätzlich verschieden ist. — Am 19. Dezember wird Präsident Eisenhower in Paris mit den Regierungschefs von England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu einem westlichen Gipfeltreffen zusammenkommen; bei diesen Besprechungen werden das Gipfeltreffen mit der Sowjetunion (man spricht vom 27. April 1960), die NATO-Politik und Probleme der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (EWG und Freihandelszone) im Vordergrund stehen. *B. H.*

Blick in die Zeitschriften

«Muß eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben zwangsläufig zu Krise und Massenarbeitslosigkeit führen?» Diese Frage untersucht außerordentlich gewissenhaft Dr. *Theodor Prager* in einem Aufsatz «Abrüstung und Krisenangst», der im Dezemberheft der Zeitschrift «*Arbeit und Wirtschaft*» erschienen ist, die vom Österreichischen Arbeiterkammertag gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird.

Dr. Prager zeigt zunächst an einigen Beispielen, daß eine Kürzung der Rüstungsausgaben durchaus nicht eine Krise auslösen muß — und daß umgekehrt eine Krise sehr wohl kommen kann, auch wenn die Rüstungsausgaben nicht gekürzt werden, ja sogar bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Rüstungsausgaben: «Rüstung schützt vor Krise nicht.» Rüstung — so fährt Dr. Prager in seiner Beweisführung fort — ist konjunktur-, aber auch krisenfördernd.

Dann umschreibt er den anderen Weg: «*Abrüsten ist ökonomisch.* Eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben ist nicht nur notwendig zur Verminderung der Kriegsgefahr, sondern auch, damit Hilfsquellen für andere, bessere Zwecke freigesetzt werden können: für die Beseitigung des Elends, die Hebung des Wohlstands, für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, für soziale und kulturelle Zwecke aller Art. Aber wie soll das geschehen, wie soll vermieden werden, daß die Abrüstung einfach zur Brachlegung der freigewordenen Mittel und Hilfsquellen führt? In erster Linie durch eine ausgiebige Erhöhung der produktiven und Sozialausgaben des Staates. Nicht notwendigerweise im vollen Ausmaß der eingesparten Rüstungsausgaben. Diese werden heute zu einem großen Teil durch Massensteuern aller Art hereingebracht. Eine Ermäßigung dieser Steuern würde sofort und unmittelbar die verfügbaren Einkommen der Steuerzahler erhöhen und ebenso unmittelbar für Konsumausgaben verwendet werden. Die Konsumgüterindustrien wären besser ausgelastet und würden mehr investieren.»

«Eine ähnliche Wirkung», fährt Dr. Prager fort, «würde von der Erhöhung der Sozialausgaben des Staates ausgehen in Gestalt höherer Zuwendungen an Rentner, Arbeitslose, Kriegsveteranen usw. Die Förderung des Wohnungsbaues durch staatliche Zinsenzuschüsse und ähnliche Subventionen würde die Bauwirtschaft stützen und beleben. Ebenso die stärkere Beteiligung der lokalen Körperschaften mit Mitteln zum Bau von Schulen, Spitälern usw. Die Verbesserung und Ausgestaltung des Verkehrswesens,